

UNICEF-Report 2013

Das Recht auf Zukunft

Aktuelle Herausforderungen und Chancen für Kinder und Jugendliche – Zusammenfassung

Anlässlich seines 60. Geburtstags dokumentiert UNICEF Deutschland Probleme und Chancen für die Verwirklichung des „Rechts auf Zukunft“ für jedes Kind. Weltweit wächst heute die größte Kinder- und Jugendgeneration aller Zeiten heran: 2,2 Milliarden Jungen und Mädchen, die meisten in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Sie wollen ihre Zukunft in die Hand nehmen. Aber vielen von ihnen fehlen elementare Dinge wie medizinische Hilfe und gute Schulen. Sie profitieren oft kaum von wirtschaftlichem Wachstum und technologischen Fortschritten. Der Klimawandel sowie die Folgen der Finanzkrise treffen gerade die ärmsten Familien am Härtesten. Jugendarbeitslosigkeit gefährdet Wachstumschancen und sozialen Frieden.

Gegenwärtig verhandelt die Weltgemeinschaft über neue Entwicklungsziele nach 2015. Sie werden die so genannten Millenniums-Entwicklungsziele ablösen. UNICEF fordert, dass die Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen in dieser neuen Weltagenda zentral verankert sein muss. Denn die Verwirklichung der Kinderrechte auf Überleben, Bildung, Schutz und Beteiligung sind Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und soziale Stabilität. Wir müssen insbesondere in Jugendliche investieren. Sie brauchen dringend bessere Bildungs-, Beschäftigungs- und Beteiligungsmöglichkeiten.

Die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen auf der Welt haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert.

- Trotz Wirtschaftswachstum in weiten Teilen der Welt ist Armut weiter die größte Bedrohung für die Rechte von Kindern und Jugendlichen. 75 Prozent der rund 1,3 Milliarden armen Menschen leben heute in Ländern mit mittlerem Einkommen – so genannten Schwellenländern. Rund 40 Prozent der Bevölkerung in Südasien und die Hälfte der Menschen im südlichen Afrika lebt unter der Armutsgrenze und muss mit weniger als 2 US-Dollar am Tag auskommen.

- Weltweit gehen 132 Millionen Kinder im Schulalter weder in eine Grund- noch in eine weiterführende Schule. Weitere Hunderte Millionen Kinder erhalten keinerlei Förderung – zum Beispiel in einem Kindergarten. Mädchen und Kinder auf dem Land sind bei der Schulbildung weiter benachteiligt. Kinder aus armen Familien gehen viermal so häufig nicht zur Schule wie ihre wohlhabenden Altersgenossen.

- Junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren machen rund 40 Prozent der weltweit rund 200 Millionen Arbeitslosen aus. In Nordafrika und dem Nahen Osten ist mehr als jeder vierte Heranwachsende ohne Job. In der Europäischen Union stieg der Anteil der jungen

Deutsches Komitee für UNICEF e.V., Höninger Weg 104, 50969 Köln, Tel.: 0221/93650-0, Fax: 0221/93650-279
Schirmherrschaft: Daniela Schadt, Vorsitzender: Dr. Jürgen Heraeus, Geschäftsführer: Christian Schneider
Vereinsregister VR 5068, Spendenkonto 300 000, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00, www.unicef.de



Arbeitslosen von 11 Prozent (2007) auf 21,4 Prozent in 2011. In Spanien liegt er aufgrund der Wirtschaftskrise bei 50 Prozent.

- Naturkatastrophen in Folge des Klimawandels bedrohen immer mehr Kinder, insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Zahl der betroffenen Kinder wird sich in diesem Jahrzehnt auf 175 Millionen pro Jahr erhöhen – gegenüber 66,5 Millionen in den 1990er Jahren.

- Internet und Mobiltelefone sind weltweit auf dem Vormarsch, verändern die Kommunikation und bieten neue Chancen zur Information und Beteiligung bislang ausgeschlossener Menschen. Selbst in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen kommen heute 70 Mobiltelefone auf 100 Einwohner. Insbesondere die junge Generation nutzt diese Medien.

Hier eine kurze Zusammenfassung zentraler Beiträge des UNICEF-Reports 2013.

1. Die globalen Herausforderungen für Jugendliche von heute

David Anthony, Leiter Grundsatzfragen, UNICEF New York

Die internationale Gemeinschaft verhandelt derzeit über neue Ziele für eine nachhaltige Entwicklung. Diese sogenannte „Post-2015-Entwicklungsagenda" beinhaltet wichtige Weichenstellungen für die nachwachsenden Generationen.

Klimawandel: Von allen Herausforderungen ist der Klimawandel vermutlich die größte Bedrohung für die Zukunft von Kindern und Jugendlichen. Neun von zehn Heranwachsenden leben heute in Ländern mit geringem oder mittlerem Einkommen. Sie werden die volle Last der Folgen von Umweltzerstörung, des Verlusts lebenswichtiger natürlicher Ressourcen und größerer Unsicherheit beim Zugang zu Nahrung und Wasser zu tragen haben. Und tendenziell werden ihnen die Kapazitäten und Ressourcen fehlen, um nach Naturkatastrophen schnell wieder Normalität herzustellen.

Produktive Arbeit: Die künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung von Staaten ist davon abhängig, die Energie der Jugendlichen zu nutzen und ihre Kompetenzen weiterzuentwickeln. Doch Millionen von jungen Menschen sind aufgrund der anhaltenden Weltwirtschaftskrise ohne Arbeit. Jugendarbeitslosigkeit ist heute in nahezu jedem Land ein Problem. Junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren machen beinahe die Hälfte aller Arbeitslosen weltweit aus. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen umfassen dabei nur die, die aktiv Arbeit suchen. Viele junge Leute sind so entmutigt, dass sie die Suche aufgegeben haben.

Mitte 2012 lag die weltweite Jugendarbeitslosigkeit bei etwa 12,7 Prozent. Nach Prognosen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gibt es kaum Aussicht auf Besserung. In Spanien und Griechenland ist mehr als die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos, ganz im Gegensatz zu Deutschland und der Schweiz, wo es weniger als 10 Prozent sind. Auch im Mittleren und Nahen Osten sowie Nordafrika hat die Jugendarbeitslosigkeit seit 2007 rasant zugenommen.



Jugendarbeitslosigkeit bedeutet weit mehr als ein vorübergehendes Loch in der Haushaltskasse der Familien. Sie ist eng verbunden mit sozialer Ausgrenzung, Instabilität und dem Gefühl der Entmutigung. Einige Fachleute behaupten sogar, dass Arbeitslosigkeit in der Jugend lange oder bleibende schädliche Folgen nach sich zieht und die Arbeitsfähigkeit eines Menschen dauerhaft beeinträchtigen kann.

Besondere Sorge bereitet die wachsende Zahl junger Menschen, die sowohl vom Bildungssystem als auch vom Arbeitsmarkt abgekoppelt sind. Diese Gruppe von Jugendlichen, NEETs genannt (»not in education, employment or training« = nicht in der Schule, in Arbeit oder Ausbildung) laufen große Gefahr, dauerhaft den Anschluss zu verlieren.

Der prozentuale Anteil der NEETs liegt innerhalb der OECD-Staaten bei knapp 13 Prozent. Während ihr Anteil vor der Krise rückläufig war, ist er in den letzten Jahren wieder steil nach oben gegangen. In weniger wohlhabenden Ländern liegt der Anteil der NEETs bei den Männern im Schnitt bei 12,4 Prozent, bei den Frauen bei 28,1 Prozent.

Armut und soziale Ungleichheit katapultiert junge Menschen vorzeitig in die Erwachsenenrolle, indem sie sie aus der Schule reißt, sie auf den Arbeitsmarkt drängt oder zu einer frühen Ehe zwingt. Die Weltbank schätzt, dass etwa 40 Prozent der Bevölkerung in Südasien und rund die Hälfte der Bevölkerung im südlichen Afrika mit weniger als zwei US-Dollar am Tag auskommen muss. Genau in diesen beiden Regionen wächst zugleich der Anteil der Jugendlichen an der Bevölkerung am schnellsten – besonders in den Ländern, die am stärksten unter Armut, Ungleichheit, Instabilität und Naturkatastrophen leiden.

In die Jugend investieren: Selbstverständlich muss die Versorgung der Kinder im ersten Lebensjahrzehnt verbessert werden. Dies ist aber nicht hinreichend, um die Fesseln von Armut und sozialer Ungleichheit zu sprengen. Um sowohl für Einzelne als auch für ganze Gesellschaften und Volkswirtschaften nachhaltige Veränderungen zu bewirken und das Potenzial der Jugend zu nutzen, müssen wir die seit 2000 erreichten historischen Fortschritte für Kinder im zweiten Lebensjahrzehnt ergänzen und festigen – durch Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung, Schutz und Beteiligung. Entscheidend wird es auch sein, die jungen Menschen einzubeziehen und ihr bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

2. Wie wird die Welt nach 2015 kindgerecht?

Richard Morgan, Experte für die Post-2015-Agenda, UNICEF New York

Seit über einem Jahrzehnt prägen die Millenniumsziele der Vereinten Nationen (MDGs) den Einsatz für Entwicklung. Der verbindliche Rahmen hat global und national geholfen, konkrete Vorhaben zu formulieren, Ressourcen zu mobilisieren und Maßnahmen zu bündeln, von denen Millionen Kinder und junge Erwachsene profitiert haben. Beim Schulbesuch, beim Zugang zu sauberem Trinkwasser und bei den Haushaltseinkommen gab es historische Fortschritte. Es gibt aber weiter eine lange »Liste unerledigter Aufgaben«. Dazu gehören:

- anhaltende und zunehmende soziale Ungleichheit,
- die Tatsache, dass viele Gruppen von Menschen von der wirtschaftlichen Entwicklung bisher abgehängt sind,



- ein sich veränderndes Klima und Umweltzerstörung,
- neue Dynamiken bei der Bevölkerungsentwicklung,
- eine erhöhte Anfälligkeit für Krisen,
- unzulängliche Regierungsführung und Vernachlässigung von Rechenschaftspflichten sowie
- viele weitere Herausforderungen für die menschliche Sicherheit, einschließlich Gewalt und Ausbeutung gegenüber Frauen und Kindern.

UNICEF hält deshalb einen »MDG Plus«-Ansatz für notwendig, um weitere Fortschritte zu erzielen. Das »Plus« einer solchen Agenda muss darin liegen, einen einfachen, vollständig integrierten und überzeugenden Entwicklungsrahmen nach 2015 bereitzustellen, der sich auch national und innerhalb der Länder umsetzen lässt. Der Kampf gegen Kinder- und Müttersterblichkeit, Aids und Unterernährung sowie für besseren Schutz vor Gewalt und Ausbeutung muss darin zentral verankert sein.

Den Menschen Priorität zu geben, denen es am schlechtesten geht, macht Gesellschaften gerechter – und damit produktiver, stabiler und mit mehr sozialem Zusammenhalt ausgestattet. Der »Equity«-Ansatz von UNICEF ist deshalb der beste Weg, die Menschenrechte zu respektieren und die knappen Ressourcen einer Gesellschaft effizient zu nutzen.

In sieben Eckpunkten fasst UNICEF seine Forderungen für die Entwicklung der Post-2015-Entwicklungsagenda zusammen:

1. Die neue Agenda muss universell sein. Das bedeutet: Sie gilt für alle Menschen in den Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern gleichermaßen.

2. Die künftigen Ziele müssen eingebettet sein in den Orientierungsrahmen der UN-Millenniumserklärung und der internationalen Menschenrechte.

3. Der globale Handlungsrahmen ab 2015 muss klare Ziele und Indikatoren enthalten, aber auch eine flexible Leitlinie für die nationale und lokale Umsetzung geben.

4. An der Formulierung und Umsetzung der Ziele müssen alle Beteiligten frühzeitig, kontinuierlich und verantwortlich mitwirken können.

5. Die Ideen und Erwartungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen müssen gehört und einbezogen werden.

6. Die Agenda muss flexibel und dynamisch sein, damit ihre Ziele und Maßnahmen veränderten Situationen angepasst werden können – zum Beispiel nach Konflikten und Naturkatastrophen oder in fragilen Staaten.

7. Die Überwindung extremer Armut und Ungerechtigkeit ist der beste Weg zu nachhaltiger Entwicklung – auf globaler, nationaler und lokaler Ebene.



3. Bildung als Schlüssel für nachhaltige Entwicklung

Caroline Pearce, Leiterin Grundsatzfragen, Globale Bildungskampagne (GCE)

Die Welt hat sich in den zwölf Jahren seit dem Start der MDGs spektakulär verändert. Im Jahr 2000 wurden weniger als eine Milliarde Mobiltelefone benutzt. Heute sind es mehr als sechs Milliarden, das entspricht umgerechnet mehr als drei Vierteln der Weltbevölkerung. Der mittlerweile allgegenwärtige USB-Stick kam ebenfalls im Jahr 2000 auf den Markt. An iPods, YouTube und Facebook dachte damals noch niemand.

Ebenfalls gewichtige Veränderungen gab es in den letzten zwölf Jahren bei der weltweiten demographischen Entwicklung. 2011 wuchs die Weltbevölkerung auf sieben Milliarden Menschen an. Zwar verlangsamt sich das globale Bevölkerungswachstum: 2010 lag die Wachstumsrate bei 1,2 Prozent gegenüber 1,3 Prozent im Jahr 2000 und 1,6 Prozent im Jahr 1990. Doch während die Wachstumsrate in vielen hoch entwickelten Ländern unter den internationalen Durchschnitt sinkt (beispielsweise in Japan und Deutschland), wächst die Bevölkerung im südlichen Afrika um 2,5 Prozent und damit mehr als doppelt so schnell wie im weltweiten Durchschnitt.

Der Anteil der Jugendlichen an der Weltbevölkerung explodiert gegenwärtig. Es ist deshalb dringender denn je, Bildung für eine gute und nachhaltige Entwicklung zu stärken. Doch weltweit gehen 132 Millionen Kinder im Schulalter (Grundschule und untere Sekundarstufe) nicht zur Schule; weitere Hunderte Millionen Kinder erhalten keinerlei frühpädagogische Förderung.

Insgesamt gibt es aber auch Fortschritte. So ist die Zahl der Kinder, die gar nicht zur Schule gehen, deutlich gesunken – obwohl die Bevölkerung gewachsen ist. Ermöglicht hat das eine beispiellose, weltweite Anstrengung, um Kinder und besonders Mädchen in die Schule zu bringen und Hindernisse wie Schulgebühren abzubauen.

Seit 2008 stagniert die Entwicklung jedoch: Im südlichen Afrika sind sogar wieder mehr Kinder ohne jede Schulbildung. Nach wie vor wechseln auch nur wenige Kinder zur Sekundarschule. Der Besuch von Vorschuleinrichtungen nimmt weiter zu, allerdings von einem sehr niedrigen Niveau aus und in einem sich verlangsamendem Tempo. Und: Ungleichheiten beim Zugang zu Bildung bestehen weiter. Mädchen und Kinder auf dem Land sind besonders benachteiligt. Kinder aus den ärmsten 20 Prozent der Haushalte gehen viermal so häufig nicht zur Schule wie Kinder aus den wohlhabendsten 20 Prozent.

Selbst wenn Kinder eingeschult werden, ist bei weitem nicht sicher, dass sie die Schule auch abschließen oder tatsächlich eine gute Bildung erhalten. Allzu oft finden sie sich in überfüllten Klassen wieder, unterrichtet von Lehrern ohne jede Ausbildung, ohne ausreichende Lernmaterialien und Ausstattung. Gerade in ärmeren Regionen sind diese Probleme oft darauf zurückzuführen, dass die Einschulung vorangetrieben wird, ohne jedoch genügend darauf zu achten, geeignete Lernbedingungen zu schaffen – inklusive guter, ausgebildeter Lehrer für alle.

Für junge Menschen und die Gesellschaften, in denen sie leben, hat fehlende oder unzureichende Bildung weit reichende Folgen. Für Kinder und Familien ist es zum Beispiel wichtig, Informationen über Ernährung und Gesundheit lesen und verstehen zu können. Es geht aber auch um das Selbstvertrauen, mit medizinischem Fachpersonal zu verhandeln und Behandlung einzufordern. In Senegal, in Niger und Nigeria sind beispielsweise die Sterblichkeitsraten von Kindern, deren



Mütter eine weiterführende Schule besucht haben, nur halb so hoch wie bei Kindern, deren Mütter nicht zur Schule gegangen sind. Gebildete afrikanische Frauen verfügen drei bis fünf Mal eher über die wichtigsten Informationen zu HIV/Aids als Frauen, die nicht lesen und schreiben können.

4. Vergessen und ohne Perspektiven? Junge Menschen in der Europäischen Union – das Beispiel Spanien

Alessandro Gentile, Universität Complutense Madrid, Fakultät für Soziologie
Pau Marí-Klose, Universität Saragossa, Fakultät für Psychologie und Soziologie

Die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt hat in den meisten Ländern der Europäischen Union ein junges Gesicht: Laut Eurostat stieg die Arbeitslosenquote für junge Menschen unter 25 Jahren in der EU zwischen 2007 und 2011 von 15,7 Prozent auf 21,4 Prozent an. Besonders betroffen sind die südeuropäischen Länder – allen voran Spanien. Dort ist die Hälfte der Bevölkerung in dieser Altersgruppe arbeitslos.

Zwischen dem ersten Quartal 2008 und dem ersten Quartal 2012 nahm die Beschäftigung in Spanien um insgesamt 2,96 Menschen ab. In der Altersgruppe zwischen 16 und 19 Jahren verloren 75,4 Prozent der Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz, in der Gruppe zwischen 20 und 24 Jahren 49 Prozent.

Der Arbeitsplatzverlust betrifft in Spanien vor allem Bevölkerungsgruppen, die auf Basis befristeter Verträge oder Zeitverträge angestellt sind – die meisten davon sind junge Menschen. Am härtesten traf die Krise innerhalb dieser Gruppe junge Menschen mit dem niedrigsten Bildungsniveau. Auch die Zahl der jungen Menschen, die weder in Ausbildung sind noch arbeiten, nahm beträchtlich zu.

Eine der schlimmsten Auswirkungen der Krise ist die zunehmende Armut. Laut Eurostat ist die Armutsrisikoquote in Europa zwischen 2007 und 2011 leicht gestiegen (von 16,5 Prozent auf 16,9 Prozent). In Spanien ist die relative Armut bei Kindern (definiert als weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens) dagegen deutlicher angestiegen. Sie beläuft sich für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren auf 26,7 Prozent. Damit liegt Spanien europaweit an der Spitze, übertroffen nur von Rumänien und Bulgarien.

Die Armut trifft besonders Haushalte, in denen die Eltern kaum am Arbeitsmarkt teilhaben: So sind sieben von zehn Haushalten, in denen kein erwachsenes Mitglied berufstätig ist, von Armut betroffen. Gleiches gilt für jeden dritten Haushalt, in dem nur eine Person berufstätig ist sowie für Großfamilien, Haushalte alleinerziehender Eltern und Familien mit Migrationshintergrund (von ihnen lebt die Hälfte unterhalb der Armutsgrenze).

Die wirtschaftliche Ausgrenzung in der Kindheit hat oft weitere negative Auswirkungen auf das Wohlergehen der jungen Menschen. In einem Haushalt mit geringem Einkommen oder in einem heruntergekommenen Zuhause aufzuwachsen oder eine ungesunde Ernährung in der Kindheit wirken sich auch lange Zeit später noch auf die Gesundheit aus – besonders, wenn die Umstände über einen längeren Zeitraum bestanden. Sie beeinflussen auch die Entwicklung der kognitiven Fähigkeiten, die schulischen Leistungen und die Neigung zu sozial auffälligem Verhalten.



Vorzeitiger Schulabbruch: In Spanien machen auch zwei Trends Probleme: ein vergleichsweise hoher Anteil von Schulabbrechern und gleichzeitig ein hoher Anteil von Hochschulabgängern, für deren Abschlüsse es keinen Arbeitsmarkt gibt. Seit Ende der 1990er Jahre bis 2007 wuchs die spanische Wirtschaft (auch) dank Sektoren mit niedrig qualifizierten Arbeitskräften, beispielsweise in der Bauindustrie. Die Beschäftigungschancen zogen viele junge Menschen an, die vorzeitig die Schule abbrachen. Sie nutzten den konjunkturellen Aufschwung, um schnell Geld zu verdienen. Das Platzen der Immobilienblase führte jedoch zu einem drastischen Rückgang des Bedarfs an Arbeitskräften in diesen Bereichen.

Die zwiespältige Situation der Hochschulabgänger: Gleichzeitig hatte in den letzten Jahrzehnten die Zahl der Spanier mit höherem Bildungsabschluss stark zugenommen, mehr als im OECD oder EU-Durchschnitt. Allein im Jahr 2010 erlangten etwa 40 Prozent der jungen Leute zwischen 25 und 34 Jahren einen akademischen Titel, ein Prozentsatz, der über dem OECD-Durchschnitt (37 Prozent) und dem Durchschnitt der Europäischen Union (34 Prozent) liegt.

Große Probleme gibt es jedoch bei Absolventen mit akademischen Abschlüssen, die nur wenige Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt bieten. 2011 war beinahe jeder vierte Absolvent eines Studiums im Bereich bildende Künste und Geisteswissenschaften, Biologie, Journalismus oder Architektur arbeitslos. Internationale Berichte bestätigen, dass sehr viele junge Spanier Arbeitsplätze annehmen, die ihrer Ausbildung nicht angemessen sind.

Angesichts der schlechten Aussichten auf eine stabile Eingliederung am Arbeitsmarkt denken immer mehr qualifizierte junge Menschen an Auswanderung. Die Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2011 zum Thema »Jugend in Bewegung« ergab, dass sechs von zehn Spaniern zwischen 15 und 35 Jahren bereit wären, ins Ausland zu gehen, 32 Prozent von ihnen auch für lange Zeit.

Die mangelnden Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche führen nicht nur zu Unzufriedenheit, sie sind auch eine Belastung für die Wirtschaft. Investitionen für Kinder und Jugendliche sind notwendig, um die wirtschaftliche Zukunft des Landes sowie die Nachhaltigkeit seiner sozialen Sicherungssysteme zu garantieren. Kindern und Jugendlichen nicht genügend Aufmerksamkeit zu schenken ist ein Luxus, den Spanien sich nicht erlauben darf.

5. Generation Online – Chancen und Risiken für Kinderrechte

Gerrit Beger, Leiter Soziale Medien UNICEF New York

Noch vor wenigen Jahren hätten die meisten Leute es für einen Witz gehalten, dass man in Hanoi schneller und einfacher ins Internet kommt als in New York. Die Stadt mit den meisten verschickten Tweets auf der Welt ist nicht London oder Tokio, sondern die indonesische Hauptstadt Jakarta. Und unter den Top Ten sind Städte wie São Paulo, Bandung und Riad. Laut der Weltbank kamen bereits 2010 in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen auf 100 Einwohner 70 Mobiltelefone. In Kenia gab es im Juni 2012 rund 7,7 Millionen Internetabonnenten – ein Anstieg um 81,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr.



Rund 40 Prozent der südafrikanischen Internetnutzer verfügt über ein Einkommen von weniger als 200 US-Dollar im Monat. Zwei Drittel der Menschen in Südafrika, die das Internet erst seit zwei Jahren oder kürzer nutzen, haben ein nur geringes Einkommen oder leben sogar unterhalb der Armutsgrenze. Kinder und Jugendliche zählen auch in Entwicklungsländern zu den fleißigsten Nutzern des Internet. Allein in Südafrika sind über die Hälfte aller »neuen« Nutzer zwischen 15 und 24 Jahren alt.

Eine der spannendsten Entwicklungen im Zusammenhang mit zunehmendem Internetzugang sind die Möglichkeiten, viele Rechte aus der 1989 verabschiedeten UN-Kinderrechtskonvention zu stärken – einschließlich des Rechts auf Berücksichtigung des Kindeswillens (Art.12), des Rechts auf freie Meinungsäußerung einschließlich der Freiheit, sich Informationen zu beschaffen, sie zu empfangen und weiterzugeben (Art.13); des Rechts, sich frei mit anderen zusammenzuschließen und sich friedlich zu versammeln (Art. 15) sowie des Rechts auf Information (Art.17).

Die Explosion der sozialen Netzwerke – im weitesten Sinne – und die starke Zunahme entsprechender Internetseiten und Dienste machen es möglich, dass Jugendliche nun jederzeit Inhalte erzeugen und verbreiten können. Dazu reichen ein Smartphone und eine stabile Internetverbindung, um persönliche Berichte, Meinungen und Neuigkeiten ins eigene Netzwerk oder für die breite Öffentlichkeit hochzuladen. So können Kinder und Jugendliche als Reporter ihre Meinung einbringen. UNICEF unterstützt sie dabei – von Sambia bis Vietnam.

Es gibt mittlerweile unzählige internationale und lokale Plattformen, Netzwerke und Foren, in denen sich Kinder und Jugendliche zu Themen austauschen, die ihnen wichtig sind. In Südafrika wandte sich die Jugendinitiative des Parlaments per Mobilfunk an die Jugend des Landes und holte so ihre Meinung zu wichtigen Themen wie Wirtschaft und Bildung ein. 2012 rief UNICEF Armenien zusammen mit einer lokalen Organisation die erste Internetseite des Landes ins Leben, an der sich Kinder beteiligen können. Sie hat unter anderem zum Ziel, Schülervertretungen im ganzen Land untereinander zu vernetzen.

Das Netzwerk »Voices of Youth« von UNICEF will jungen Menschen aus aller Welt eine Stimme geben und sie an Diskussionen über Menschenrechtsthemen teilhaben lassen. Die meisten Nutzer der Facebook Seite sind 40.000 Fans aus Indonesien – dicht gefolgt von den Philippinen. UNICEF plant jetzt eine Version der Voices-of-Youth-Seite speziell für mobile Geräte. So sollen die Kinder, die nur per Handy Zugang zum Internet haben, das Netzwerk besser nutzen können.

In vielen Entwicklungsländern ist allerdings die Menge der von Jugendlichen selbst erstellten Inhalte noch sehr überschaubar – auf Grund geringer Bandbreite, vergleichsweise hoher Kosten und fehlender Endgeräte und Infrastruktur für den Internetzugang. Vor allem den Kindern und Jugendlichen, die auch in der realen Welt benachteiligt sind, fehlt nach wie vor oft jeder Zugang zum Netz. Dies gilt für Mädchen, behinderte Kinder, Kinder, die nicht zur Schule gehen, Kinder von Migranten und viele mehr.

Zu den unerwünschten Begleiterscheinungen der Kommunikationsrevolution zählen neue Arten und Dimensionen des Mobbings unter Gleichaltrigen, neue Möglichkeiten der Annäherung mit sexueller Absicht, eine größere Gefahr, dass Kinder und Jugendliche negativen Inhalten ausgesetzt werden sowie Bedenken bei Datenschutz und Ansprache in Werbung und Marketing.



In der UNICEF-Studie aus Vietnam gaben 14 Prozent der Teilnehmer aus Städten und 20 Prozent der Teilnehmer aus ländlichen Gegenden an, dass sie schon einmal Erfahrungen mit Cybermobbing gemacht haben. Bei der Befragung in Südafrika gaben 26 Prozent der Teilnehmer an, im sozialen Netzwerk Mxit bereits »beschimpft« worden zu sein.

Der UNICEF-Bericht 2013 Bericht enthält weiter verschiedene Beiträge mit konkreten Beispielen für innovative Arbeit für Kinder und Jugendliche:

- **Partizipation konkret –** das OneMinutesJr Projekt
- **»Reaching the hardest to reach« –** Die Bildungsinitiative von Susan und Stefan Findel gemeinsam mit UNICEF
- **Kinder –** Experten in eigener Sache
- **Sicherheit im Großstadt-Dschungel:** »Map Kibera« in Kenia
- **Jugendbeteiligung per SMS –** Das Projekt »U-Report« in Uganda

In einem ausführlichen Anhang enthält der Bericht alle neuesten Daten und Fakten zur Situation der Kinder in der Welt.

Übersicht der Tabellen:

1 – Grundindikatoren

2 – Ernährung

3 – Gesundheit

4 – HIV/Aids

5 – Bildung

6 – Demografische Indikatoren

7 – Ökonomische Indikatoren

8 – Frauen

9 – Kinderschutz

10 – Gradmesser des Fortschritts

11 – Heranwachsende und junge Erwachsene

12 – Unterschiede nach Wohnort – Stadt/Land

13 – Unterschiede nach Haushaltsvermögen

14 – Frühkindliche Entwicklung

Quelle: UNICEF-Report 2013 – Das Recht auf Zukunft, Frankfurt, Juni 2013. Fischer Taschenbuch ISBN 978-3-596-19647-0.

Deutsches Komitee für UNICEF e.V., Höninger Weg 104, 50969 Köln, Tel.: 0221/9 36 50-0, Fax: 0221/9 36 50-279
Schirmherrschaft: Daniela Schadt, Vorsitzender: Dr. Jürgen Heraeus, Geschäftsführer: Christian Schneider
Vereinsregister VR 5068, Spendenkonto 300 000, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00, www.unicef.de



Gemeinsam für Kinder – Das Deutsche Komitee für UNICEF

60 Jahre Engagement, 60 Jahre Hilfe für Kinder

Am 30. Juni 1953 riefen engagierte Bürger das Deutsche Komitee für UNICEF – kurz UNICEF Deutschland – ins Leben. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen hatte seit der Gründung 1946 Millionen Kindern im zerstörten Nachkriegseuropa geholfen. Auch in Deutschland erhielten hungernde und kranke Kinder Milch, Fett und Lebertran. Die Gründung von UNICEF Deutschland war ein Dank für diese Hilfe – und ein Appell, kein Kind auf der Welt zurückzulassen.

Heute ist das Deutsche Komitee eine der wichtigsten Stützen der weltweiten UNICEF-Arbeit. Durch die große Unterstützung der Bundesbürger konnte es in den vergangenen 60 Jahren insgesamt 1,7 Milliarden Euro aus Spenden und Erlösen des Grußkartenverkaufs für Kinder in Entwicklungsländern und Krisengebieten bereitstellen – mit großer Wirkung: Allein mit der Kampagne „Schulen für Afrika" erhielten seit 2005 zwölf Millionen Kinder in elf Ländern südlich der Sahara bessere Lernbedingungen. Die Spender haben auch Aufklärungsprogramme ermöglicht, durch die Tausende Dörfer im Senegal die Genitalverstümmelung von Mädchen abgeschafft haben – und sie sorgen dafür, dass Kindern in Krisengebieten wie jetzt in Syrien geholfen wird. Während der Hungersnot am Horn von Afrika 2011 trugen deutsche Spender entscheidend dazu bei, Hunderttausende schwer mangelernährter Kinder zu retten.

Flexibel einsetzbare Spenden sind besonders wichtig: Schon über 170.000 UNICEF-Paten spenden regelmäßig jeden Monat zehn Euro oder mehr. So helfen sie langfristig und erreichen auch Kinder, die nicht im Fokus der Öffentlichkeit stehen – wie in Nordkorea, Simbabwe oder im Sudan. Im Geburtstagsjahr 2013 wünscht sich das Deutsche Komitee 10.000 zusätzliche UNICEF-Paten.

In Deutschland macht UNICEF die Kinderrechte bekannt, rückt Kinderrechtsverletzungen ins Blickfeld und setzt sich politisch für Verbesserungen ein. Die Initiative „Kinderfreundliche Kommunen" unterstützt Gemeinden konkret dabei, ein gutes Umfeld für die nachwachsende Generation zu schaffen.

Bundesweit engagieren sich 8.000 Ehrenamtliche in 150 Gruppen für UNICEF. Sie organisieren Veranstaltungen und Spendenaktionen, tragen Kampagnen an die Öffentlichkeit, leisten Informationsarbeit in Schulen, starten und verkaufen die bekannten Grußkarten. Kinder und Jugendliche selbst spielen eine immer stärkere Rolle: Im Juni 2013 wurden bereits zum zehnten Mal die UNICEF-JuniorBotschafter des Jahres in der Frankfurter Paulskirche ausgezeichnet.

Schirmherrin des Deutschen Komitees ist seit Mai 2012 Daniela Schadt, die Partnerin des Bundespräsidenten. Als ehrenamtliche UNICEF-Botschafter unterstützen Sabine Christiansen, Eva Padberg und Nina Ruge die Arbeit – so wie viele andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Vorsitzender ist seit 2008 der Familienunternehmer Dr. Jürgen Heraeus, der sich zusammen mit dem ehrenamtlichen Vorstand insbesondere für die strategische Ausrichtung und die Transparenz der Organisation einsetzt.

Seither wurde UNICEF Deutschland mehrfach für seine vorbildliche Information der Öffentlichkeit über Finanzen, Strukturen und Arbeitsweise ausgezeichnet – unter anderem 2010 mit dem ersten Platz beim Transparenzwettbewerb der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC). UNICEF Deutschland trägt das DZI-Spendensiegel.